



Projektländer: Jordanien, Syrien, Libanon

Quartal / Jahr: Januar bis März 2010

1. Schlagzeilen:

1.1 Jordanien

- König Abdullah II. bezeichnet die Beziehungen zwischen Jordanien und Israel als so schlecht, wie sie seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags noch nicht waren
- Internationale Wirtschafts- und Finanzkrise wirbelt den Haushalt Jordaniens durcheinander, was die Regierung zu einschneidenden Maßnahmen veranlasst
- Neue Regierung von Premierminister Samir Rifai geht aktiv gegen Korruption vor, schränkt mit der Begründung des Staatswohls aber die Freiheit der Presse ein

1.2 Libanon

- Syrien scheint wieder stärker auf die Entwicklung im Libanon Einfluss nehmen zu wollen und setzt dabei auf seine politischen Verbündeten im libanesischen Parlament
- Opposition kritisiert zunehmend den vermeintlichen Einfluss des Westens und hier vor allem der USA auf die Politik des Libanon

1.3 Syrien

- US-Senator John F. Kerry, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats und Präsidentschaftskandidat der Demokraten 2004, besucht Syrien und den Libanon

Wie in jedem Quartal steht der Berichtende auch bei diesem Bericht wieder vor der schweren Entscheidung abschätzen zu müssen, welche der Ereignisse des Berichtszeitraums für Leser von außerhalb der Region am ehesten von Interesse sein könnten. Ereignisse gab es auch in den zurückliegenden drei Monaten wieder genügend, nur dürften für Leser von außerhalb der Region vermutlich die wenigsten davon von besonderem Interesse sein - je nach dem wie die individuelle Interessenslage ist. Ein Thema zieht sich jedoch wie ein roter Faden durch die zurückliegenden Monate und Länder in der Region - der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, der im Berichtszeitraum noch einmal deutlich an Schärfe zugenommen hat. Eine Berichterstattung aus der Region kann dieses Thema daher nicht aussparen.

2.1 Jordanien:

Ein Thema, das noch mehr als in Syrien und im Libanon in Jordanien immer ganz oben auf der Agenda steht, sind die Ereignisse in Israel und in den palästinensischen Gebieten. Von ganz besonderem Interesse ist hierbei das, was in und um den Ostteil Jerusalems geschieht, liegen doch auf dem Tempelberg mit der Al-Aqsa-Moschee und dem Felsendom zwei der drei wichtigsten Heiligtümer des Islam, als deren Hüter sich die Haschemiten, die seit 1921 in Jordanien an der Macht sind, seit Jahrhunderten verstehen. Jordanien wurde im Friedensvertrag mit Israel, der am 26. Oktober 1994 unterzeichnet worden war, eine pri-

vilegierte Rolle in Bezug auf Jerusalem eingeräumt. In Artikel 9 des Vertrages heißt es sinngemäß, dass Jordanien bei künftigen Verhandlungen über die Stadt eine hohe Priorität in Bezug auf die Heiligen Stätten eingeräumt wird. Während die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO (Palestine Liberation Organisation) und insbesondere deren Vorsitzender, Jassir Arafat, angesichts dieser Klausel damals empört reagierten, schränkte der damalige jordanische König Hussein II. die zeitliche Geltung dieser 'Jerusalem-Klausel' mit dem Hinweis ein, dass Jordanien diese Rolle nur so lange ausüben werde, bis Jerusalem die Hauptstadt eines eigenständigen palästinensischen Staates ist. Da dieser palästinensische Staat aber bis heute nicht existiert, fühlt sich Jordanien nach wie vor in der Verantwortung, für die Muslime weltweit den Schutz der Heiligen Stätten in Ost-Jerusalem zu gewährleisten.

Angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Jordaniens Palästinenser oder aber Jordanier palästinensischer Abstammung sind, kann nicht wirklich überraschen, dass die Ereignisse westlich des Jordans, die vielfältige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen auf Jordanien haben, in Jordanien von je her mit besonderem Interesse verfolgt werden.

Durch die Ereignisse der letzten Monate in Israel und den palästinensischen Gebieten im Allgemeinen, sowie aus den genannten Gründen in Ost-Jerusalem im Besonderen, die wenn nicht im Detail so doch in den wesentlichen Punkten auch durch die westliche Presse gegangen sind (einerseits die Forderung der USA und des Westens an Israel, den jüdischen Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten und insbesondere in Ost-Jerusalem einzustellen - später wurde dann nur noch ein befristeter Siedlungsstopp gefordert - um so Raum für Friedensgespräche mit den Palästinensern zu schaffen und andererseits die strikte Ablehnung Israels, dieser Forderung vor allem in Ost-Jerusalem nach zu kommen und stattdessen die Brückierung hoher amerikanischer Repräsentanten wie der Außenministerin Hillary Clinton und dem stellvertretenden US-Präsidenten Joe Biden, während deren Aufenthalt in Jerusalem die israelische Regierung neue Baugenehmigungen für in den palästinensischen Gebieten liegende Siedlungen bekannt gegeben hat und vor allem die Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern in Ost-Jerusalem, die in der Folge entweder abgerissen werden oder in die israelische Staatsbürger einziehen, fortgesetzt hat), sah sich der jordanische König Abdullah II. veranlasst, im Vorfeld seiner im Zeitraum vom 11. - 14. April 2010 geplanten Reise in die USA, der US-Tageszeitung 'The Wall Street Journal' ein längeres Interview zu geben, das am 06. April 2010 veröffentlicht worden ist. Neben deutlichen Vorwürfen an die israelische Regierung, die man in dieser Form vom jordanischen König bisher nicht kannte, forderte der Monarch von der amerikanischen Führung klare Vorgaben, was die angestrebten Friedensgespräche angeht. König Abdullah II. machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass am Ende des Weges nichts Geringeres als die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates stehen kann, anderenfalls der ohnehin brüchige Friede in der Region in größter Gefahr ist. Im Verlauf des Interviews bezeichnete der König das Verhältnis zu Israel als so schlecht, wie es seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahre 1994 noch nicht war. Zum wiederholten Male machte er auch deutlich, dass Ost-Jerusalem die nicht verhandelbare rote Linie ist, die nicht überschritten werden darf und dass das was sich dort seit Wochen ereignet, umgehend eingestellt werden muss. Sollte dies nicht geschehen, müsse niemand anderes als Israel die Verantwortung für den Ausbruch neuer Gewalt übernehmen (nicht erst seit dem Tag des Zorns, zu dem die Hamas aufgrund der israelischen Ankündigung, in Ost-Jerusalem 1.600 neue Wohnungen errichten zu wollen, für den 16. März 2010 aufgerufen und der auch die palästinensische Antwort auf die Einweihung einer alten Synagoge im Ostteil Jerusalems am 15. März 2010 sowie die Befürchtung, rechtsgerichtete Israelis könnten auf dem Tempelberg den Grundstein für einen neuen jüdischen Tempel legen, hat sein sollen, hört man immer wieder die Drohung, dass eine Dritte Intifada nicht mehr ausgeschlossen wird. Im Angesicht des Gazakrieges 2008 / 2009 hatten die Führer von Hamas, Chalid Maschal, und Hisbollah,

Hassan Nasrallah, bereits zu einer Dritten Intifada aufgerufen, wozu sich die palästinensische Bevölkerung aber glücklicherweise nicht hat hinreisen lassen, da dies für Israel mit Sicherheit der willkommene Anlass gewesen wäre, die eigenen militärischen Maßnahmen mit dem Hinweis auf das Verhalten der Palästinenser zu rechtfertigen). Der jordanische König ging in dem Interview so weit, die Zukunft Israels als gefährdet zu bezeichnen, wenn der Konflikt nicht bald auf der Grundlage der 2-Staaten-Lösung und der arabischen Friedensinitiative, die die Araber als Ergebnis des Gipfeltreffens der Arabischen Liga im Jahre 2002 in Beirut unterbreitet haben und die u.a. eine Anerkennung Israels durch 57 arabische und islamische Staaten beinhaltet, gelöst werden sollte. Auf Nachfrage des Reporters stellte der Monarch auch unmissverständlich klar, dass es keine Alternative zu der 2-Staaten-Lösung gibt und das Israel die noch verbliebenen 1,8 Millionen Palästinenser nicht alle aus ihren Wohnungen in den palästinensischen Gebieten vertreiben kann. Er bezeichnete es als ein Spiel mit dem Feuer, das Problem der Palästinenser immer weiter auf die lange Bank zu schieben. Die Spannungen, die aktuell in der Region bestehen, sind so groß, dass z.B. mit Blick auf die israelisch-libanesische Grenze, ein neuerlicher Krieg jeden Moment ausbrechen kann. Ost-Jerusalem hat König Abdullah II. als ein Pulverfass bezeichnet, an dem sich jederzeit eine Dritte Intifada entzünden könne. Nicht unerwähnt blieb im Rahmen des Interviews auch das Verhältnis zwischen Israel und dem Iran, das die arabischen Staaten zunehmend beunruhigt. Während der König sich im vergangenen Jahr, nach einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Amman, noch äußerst optimistisch in Bezug auf den Friedensprozess geäußert hatte, haben die Ereignisse der vergangenen 12 Monate den Monarchen nach eigenen Angaben überaus skeptisch werden lassen. Außer vielen und zu oft leeren Worten, die darüber hinaus oft konträr waren zu dem was in der Realität geschah, sei leider nichts geschehen. In Bezug auf das israelisch-jordanische (Wirtschafts-) Verhältnis hat der König darauf hingewiesen, dass israelische Geschäftsleute jederzeit und sofort ein Visum für Jordanien erhalten während jordanischen Staatsbürgern häufig ein Visum für Israel verweigert wird. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertete der König das aktuelle Verhältnis zu Israel so, dass es für Jordanien keine Vorteile bringt. Von einer überaus positiven Periode in der Zeit seines Vaters, König Hussein II., und des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabins sowie einer Phase des Aufschwungs während der Amtszeit des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak, ist nach den Worten von Abdullah II. leider nicht viel geblieben.

In Bezug auf die Rolle Irans im Nahen und Mittleren Osten führte der König in dem Interview aus, dass der Iran die Ungerechtigkeit, die dem palästinensischen Volk seitens Israel widerfährt, zum Anlass nimmt, um sich einzumischen. Er vertrat die Auffassung, dass wenn das bestehende Problem zwischen Israel und den Palästinensern in der vorgenannten Form gelöst wird, sich zwangsläufig auch die Rolle Irans ändern wird, weil damit für eine Unterstützung von Gruppierungen wie der Hamas und der Hisbollah eine wesentliche Grundlage entfällt. Was die Spannungen zwischen dem Iran und dem Westen betrifft, so hat sich der König klar gegen die Anwendung militärischer Gewalt ausgesprochen.

In Bezug auf den Irak äußerte sich der Monarch für die Zukunft grundsätzlich optimistisch, auch wenn nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 07. März 2010 gerade wieder eine Welle der Gewalt das Land überzieht.

Was Afghanistan angeht so hat der König bestätigt, dass seitens der USA und der EU an Jordanien der Wunsch herangetragen worden ist, afghanische Soldaten und Polizisten auszubilden (Anm.: vor wenigen Wochen haben sich der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sowie der Commander Central Command - CENTCOM, US-General David H. Petraeus, unter dessen Kommando u.a. die in der arabischen Welt stationierten US-Truppen fallen, zu Gesprächen in Jordanien aufgehalten). Der Einsatz der NATO in Afghanistan wird vor Ort von dem Oberbefehlshaber ISAF, US-General Stanley McChrystal, geführt. Er untersteht dem Allied Joint Force Command in Brunssum / Belgien, welches man

als NATO-Streitkräfteführungskommando bezeichnen kann und das aktuell von dem deutschen General Egon Ramms geführt wird. Letzteres untersteht wiederum dem SACEUR - dem Supreme Allied Commander Europe - und NATO-Oberbefehlshaber in Mons / Brüssel, US-Admiral James Stavridis). Wenn man den hiesigen Presseberichten Glauben schenken darf, soll die Ausbildung nicht in Afghanistan sondern in Jordanien stattfinden.

Ein weiterer Dauerbrenner ist seit dem IV. Quartal 2008 die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie deren Auswirkung auf Jordanien. Glaubte man zu Beginn der Krise noch das Jordanien von der Krise nicht oder nur am Rande betroffen sein wird, so stellt sich die Situation heute völlig anders dar. Durch die anfängliche Fehleinschätzung hatte es die zwischenzeitlich von König Abdullah II. entlassene jordanische Regierung von Premierminister Nader Dahabi versäumt, frühzeitig mit geeigneten Mitteln gegenzusteuern. Mit dem Erkennen, dass Jordanien von der Krise nicht nur betroffen sondern regelrecht getroffen wird, war es zwar nicht zu spät um zu Handeln, doch die Rahmenbedingungen hatten sich zwischenzeitlich so verändert, dass die nunmehr zu treffenden Entscheidungen ungleich schwieriger und einschneidender werden sein müssen als dies bei frühzeitigem Handeln vielleicht notwendig gewesen wäre. Die neue Regierung von Premierminister Samir Rifai hat als erste Maßnahme den Haushalt des Jahres 2010 - gegenüber dem des Jahres 2009 - um mehr als 500 Mio. Euro oder rund 10% reduziert. Der Haushalt des Jahres 2010 sieht gegenwärtig Ausgaben in einer Größenordnung von rund 5,6 Mrd. Euro vor. Trotz der bereits reduzierten Ausgaben klafft im Haushalt des Jahres 2010 noch eine Lücke in Höhe von rund 1,1 Mrd. Euro, die es zu schließen gilt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Budgethilfen und Unterstützungszahlungen aus dem Ausland in 2009 drastisch zurückgegangen sind (angeblich gingen die Zahlungen von den Bruderstaaten am Golf auf nahe Null zurück) und sich in 2010 offenbar noch nicht wieder erholt haben. Um die im vergangenen Jahr deutlich gestiegene (Inlands-) Verschuldung des Landes nicht weiter ausufern zu lassen, wurden neben Einsparungen, die teilweise einschneidend in Teilen aber auch schmunzelnd zur Kenntnis genommen worden sind (z.B. die Aufforderung des Finanzministeriums an alle Ministerien und staatlichen Einrichtungen, weniger mit den Dienstfahrzeugen zu fahren um dadurch Benzinkosten zu sparen sowie weniger zu telefonieren und weniger Strom zu verbrauchen), auch Steuererhöhungen beschlossen. Die Regierung (d.h. die 29 Ministerinnen und Minister der Regierung Rifai) hat sich bis auf weiteres Gehaltskürzungen in einer Größenordnung von 20% auferlegt, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Die bisher beschlossenen Maßnahmen sind jedoch bei weitem noch nicht ausreichend, um den Haushalt des Jahres 2010 zu finanzieren. Die Regierung denkt daher darüber nach, die Steuern weiter zu erhöhen und neue Steuern einzuführen (z.B. die Rücknahme der Steuerbefreiung auf eine Reihe von Grundnahrungsmitteln und die Einführung einer 25%-igen Mineralölsteuer auf Kraftstoffe). Die finanziellen Belastungen für die unteren Bevölkerungsschichten sind durch die vorgenannten Maßnahmen deutlich gestiegen. Da durch die Einsparungen in den Ministerien auch weniger finanzielle Mittel für sozial flankierende Maßnahmen zur Verfügung stehen dürften (zumal der Großteil der Staatsausgaben für die Gehälter des unangemessen großen Personalbestands im öffentlichen Dienst benötigt werden - trotz Sparzwang wurden auch im Berichtszeitraum weitere Einstellungen vorgenommen, auch wenn dies z.T. aus sozialen Überlegungen heraus gemacht worden ist), muss davon ausgegangen werden, dass sich die wirtschaftliche Lage der Menschen, die am unteren Ende der Bevölkerungsskala stehen, weiter verschlechtern wird. Entgegen früherer Verlautbarungen ist die Arbeitslosenquote in den zurückliegenden Monaten wieder gestiegen. Offiziell mit rund 13% angegeben kann man davon ausgehen, dass die Quote in der Realität vermutlich deutlich höher liegen dürfte. Der Berufsverband der Ingenieure hat unlängst verlauten lassen, dass alleine unter seinen Mitgliedern die Arbeitslosenquote im Durchschnitt bei rund 15% liegt. Im Bereich der Ingenieure die in der chemischen und pharmazeutischen Industrie arbeiten soll die Arbeitslosenquote bei rund 30% liegen. Nach weiteren Angaben des Verbandes, schließen jedes Jahr rund 4.500 jordanische Ingenieure ihr Studium ab und drängen auf den Arbeitsmarkt (nicht alleine in Jordanien sondern auch in den Golfstaaten, die von der Krise noch

weit stärker getroffen wurden als Jordanien). Alles in allem sieht die wirtschaftliche Lage des Landes 2010 nicht allzu rosig aus, auch wenn der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, der kürzlich Jordanien besucht hat, das Land als auf dem richtigen Weg befindlich bezeichnet hat. Für 2010 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 4% gerechnet, was einerseits zwar (geringfügig) mehr ist als in 2009, andererseits aber immer noch deutlich hinter den Wachstumsraten früherer Jahre zurückliegt. Dass das prognostizierte Wachstum ausreicht, um die jährlich bis zu 85.000 neu auf den Arbeitsmarkt drängenden jungen Menschen aufzunehmen, kann getrost in Frage gestellt werden. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob und wie die jordanische Regierung den Spagat zwischen notwendigen Einsparungen einerseits und Ausgaben, Investitionen sowie sozial flankierenden Maßnahmen andererseits meistert.

Als im Berichtszeitraum neu hinzugekommenem Thema ist über zwei Korruptions- bzw. Unterschlagungsfälle in der Industrie bzw. im Landwirtschaftsministerium zu berichten. So positiv es ist, dass die neue Regierung beide Fälle strafrechtlich verfolgt (was in der Vergangenheit durchaus nicht immer der Fall gewesen war sondern mehr als einmal durch diskretes Versetzen der betroffenen Personen oder auch Wegsehen 'geregelt' worden war, was man nicht zuletzt an einigen in kurzer Zeit zu ungewöhnlich großem Reichtum gekommenen Politikern und Vertretern aus der Wirtschaft zu ermessen vermag), so bedauerlich und bedenklich ist es, dass es seitens des zuständigen Gerichtes im Falle des Bestechungsversuchs und des Amtsmissbrauchs beim Ausbau und bei der Erneuerung der einzigen jordanischen Raffinerie der Presse untersagt worden ist, darüber öffentlich zu berichten. Im Fall des Ausbaus und der Erneuerung der 'Jordan Petroleum Refinery Company', in dem es um ein Geschäftsvolumen von rund 2,1 Mrd. US-Dollar gehen soll, werden dem früheren jordanischen Finanzminister und Vorsitzenden der Geschäftsführung der Raffinerie, Abdel Kudah, dem früheren Geschäftsführer der Raffinerie, Ahmed Rifai, dem bekannten und angesehenen Geschäftsmann Khaled Shahin sowie dem früheren Wirtschaftsberater des Premierministers, Mohammed Rawashdeh, im Zusammenhang mit der Ausschreibung und der Vergabe des Auftrags Bestechung und Amtsmissbrauch vorgeworfen. Was die Hintergründe für den 'Maulkorberlass' für die Presse angeht, so haben sich die zuständige Strafverfolgungsbehörde sowie das Gericht bisher ausgeschwiegen.

In einem weiteren Fall ermitteln die jordanischen Strafbehörden wegen der Unterschlagung von rund 2 Mio. Euro im Landwirtschaftsministerium. Im Rahmen einer routinemäßig durchgeführten Verwaltungsprüfung wurde festgestellt, dass ein Betrag in Höhe von rund 2 Mio. Euro nicht wie geplant an die jordanische Zentralbank, sondern stattdessen ins Ausland transferiert worden ist. Die zuständige Staatsanwaltschaft ermittelt gegen eine handvoll früherer Mitarbeiter des Ministeriums, die sie der Unterschlagung von rund 2 Mio. Euro bezichtigt. Während die Mehrzahl der Verdächtigen zwischenzeitlich dingfest gemacht werden konnten fehlt von dem unterschlagenen Geld bisher offenbar noch jede Spur.

In einem anderen Fall ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen zwei Journalisten, die zu Beginn des Jahres über das Attentat des jordanischen Staatsbürgers und vom jordanischen Geheimdienst als Agenten geführten Human Khalil Abu-Mulal al-Balawi, dass dieser am 30. Dezember 2009 in Afghanistan verübt hat und bei dem sieben Mitarbeiter der amerikanischen CIA sowie sein jordanischer Agentenführer, ein entfernter Cousin des jordanischen Königs, getötet worden waren, berichtet haben. Nicht die Berichterstattung als solches sondern die Tatsache, dass die beiden Journalisten in zwei Zeitungsartikeln den Einsatz Jordaniens in Afghanistan als falsch bezeichnet und gefordert haben, die Zusammenarbeit mit den USA in Afghanistan zu beenden, hat diesen mehrere Anzeigen hoher Militärs eingebracht, die wiederum zu deren vorübergehender Verhaftung geführt haben. Zwischenzeitlich wieder auf freiem Fuß, ermittelt die Staatsanwaltschaft dennoch wegen des Verdachts der Verunglimpfung eines ausländischen Staates weiter, die auf der Grundlage eines höchst zweifelhaften Paragraphen im jordanischen Strafgesetzbuch möglich ist.

2.2 Libanon:

Fünf Jahre nachdem Syrien als Folge der Zedernrevolution des Jahres 2005 gezwungen war, seine mehr als 29 Jahre im Libanon stationierten Truppen zurückzuziehen und seine militärische und politische Dominanz über den kleinen Nachbarn zu beenden, deutet vieles darauf hin, dass nicht nur die Aussöhnung zwischen den beiden Ländern Fortschritte macht sondern das Syrien auch wieder stärker politisch auf die Geschicke des Libanon Einfluss zu nehmen versucht.

Die Rückkehr Syriens auf die politische Weltbühne wurde u.a. dadurch möglich, dass Staaten wie Frankreich (seit Juli 2008) und die USA (seit März 2009) auf die Machthaber in Damaskus zugegangen sind und diese damit aus der politischen Isolation befreit haben.

Ein Grund für das Zugehen auf Syrien dürfte gewesen sein, dass zum einen der Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern in den zurückliegenden Jahren nicht von der Stelle gekommen war (die Annapolis-Konferenz vom November 2007 hatte zwar Hoffnungen geweckt, letztlich aber keine erfüllt. In ihrem Verlauf zwar zum wiederholten Male ein Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern unterzeichnet worden, welches u.a. die erklärte Absicht der beiden Seiten dokumentiert, ernsthafte Verhandlungen bzgl. eines friedlichen Miteinanders aufnehmen wollen, nur umgesetzt wurde es nicht. Und dass der damalige US-Präsident George W. Bush sich während der Konferenz eindeutig für einen eigenständigen palästinensischen Staat ausgesprochen hat, war weder neu noch hat es wie in den davor liegenden neun Jahren seiner Amtszeit dazu geführt, dass er in den verbleibenden Monaten seiner Amtszeit noch etwas aktiv etwas dafür getan hat) und zum anderen die Berichterstattung und die Bilder militärischer Auseinandersetzungen wie z.B. im Sommerkrieg 2006 (zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah im Süden des Libanon) und im Gazakrieg 2008 / 2009 (zwischen Israel und der palästinensischen Hamas im Gazastreifen) wieder das waren, was man als erstes in der Berichterstattung über den Nahen Osten zu lesen und zu sehen bekam, wenn man die Zeitungen aufgeschlagen bzw. das Fernsehen eingeschaltet hat.

Ein weiterer Grund dürfte darin zu sehen sein, dass die im Zusammenhang mit der Ermordung des früheren libanesischen Premierministers Rafik Hariri erhobenen Vorwürfe, dass der syrische Geheimdienst und vermutlich auch höchste politische Vertreter Syriens in dieses Attentat involviert waren, bisher weder bewiesen noch erhärtet werden konnten (im Gegenteil, vier auf der Grundlage des Mehlis-Reports 2005 in Haft genommene pro-syrische libanesischen Sicherheitschefs wurden im April 2009, auf Antrag des Chefanklägers, Daniel Bellemare, von einem Richter des Sondertribunals in Den Haag wieder auf freien Fuß gesetzt, was von den pro-syrischen Kräfte im Libanon und von Syrien in der Presse dahingehend kommentiert worden war, dass es sich bei den Vorwürfen gegen die Inhaftierten um eine Verschwörung gehandelt hat). Eine Untersuchungskommission des UN-Sicherheitsrates war fast vier Jahre damit befasst, die Hintergründe des Attentats auf Hariri zu untersuchen. Nachdem der erste Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für diese Untersuchungskommission, der deutsche Oberstaatsanwalt Detlev Mehlis, in seinem acht Monate nach dem Attentat vorgelegten ersten Sonderbericht festgestellt hatte, dass die Entscheidung, Hariri zu ermorden, nicht ohne die Genehmigung hochrangiger syrischer - und im übrigen auch libanesischer - Sicherheitskräfte hätte getroffen werden können, haben dessen Nachfolger, der Belgier Serge Brammertz und der Kanadier Daniel Bellemare, in ihren folgenden neun Sonderberichten keine weiteren erhärtenden Fakten für eine Verwicklung Syriens in das Attentat präsentieren können. Die Untersuchungskommission stellte daher mit Ablauf des 28. Februar 2009 ihre Untersuchungen ein. Daniel Bellemare, der nach Rücksprache mit der libanesischen Regierung zuvor bereits zum Chefankläger ernannt worden war, hat in der Folge vor dem eingerichteten Sondertribunal in Den Haag, das am 01. März 2009 seine Arbeit aufgenommen hat, Klage eingereicht. Vom 22. - 25. März 2010 weilten zum wiederholten Male Ermittler des Sondertribunals in Beirut, um vor Ort

neue Beweise und Erkenntnisse über die Hintergründe des Attentats und die Attentäter zu gewinnen. Das Mandat für das Sondertribunal, das aus 11 Richtern und 300 Mitarbeitern besteht und offiziell die Bezeichnung "Sondertribunal für den Libanon" trägt, erstreckt sich aktuell über drei Jahre, d.h. bis 2012. Sein Budget, vom Verwaltungsleiter des Tribunals für das erste Jahr mit 51 Mio. US-Dollar beziffert (im zweiten Jahr sollen sie bei 60 Mio. US-Dollar liegen), soll zu 49% durch die libanesische Regierung und zu 51% durch Geberländer, darunter auch die USA und Deutschland, finanziert werden. Der Beitrag Deutschlands hat nach Auskunft des Auswärtigen Amtes in Berlin in den Jahren 2008 und 2009 je 1 Mio. US-Dollar betragen.

Ein weiterer wesentlicher Grund dürfte auch die starke Bindung Syriens zum Iran gewesen sein, mit dessen Hilfe Syrien z.B. die Hisbollah im Libanon und die Hamas in den palästinensischen Gebieten finanziell unterstützt (und womit beide Organisationen seit Jahren ihre Waffenkäufe finanzieren, die sie dann im Kampf gegen Israel, aber auch gegen ihre 'inneren' Feinde, d.h. die pro-westlichen Kräfte im Libanon bzw. die Fatah in den palästinensischen Gebieten, einsetzen und weshalb es letztlich zu den beiden vorgenannten militärischen Auseinandersetzungen im Libanon und im Gazastreifen gekommen war) und über dessen Atomprogramm man sich zunehmend nicht nur im Westen Sorgen macht.

Wollte man also den Iran zu Zugeständnissen bei den vorgenannten Themen bewegen, so war die Überlegung einiger westlicher Staaten die, dass dies vielleicht mit Hilfe Syriens gelingen könnte. Hierzu war es jedoch erst einmal notwendig, Syrien aus der ihm auferlegten politischen Isolation zu befreien. Erste Schritte in diese Richtung hat der französische Staatspräsident, Nicolas Sarkozy, unternommen, der den syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad durch seine Einladung zur Gründungsveranstaltung der Mittelmeerunion, die am 13. Juli 2008 in Paris stattgefunden hat, zurück auf die politische Weltbühne gebracht hat. Damit nicht genug, hat Sarkozy seinem syrischen Gast gleich noch den roten Teppich ausgerollt in dem er ihn am Vortag mit militärischen Ehren im Élysée-Palast empfangen und am Abend desselben Tages gleich auch noch mit Michel Suleiman, dem Präsidenten des bis dahin Syrien in herzlicher Abneigung verbundenen Nachbarn Libanon, an einen Tisch gebracht hat (zu einer Unterredung mit dem ebenfalls anwesenden israelischen Premierminister Ehud Olmert ist es hingegen nicht gekommen. Dies war den beiden Seiten dann offenbar doch noch zu früh bzw. zu viel des Guten). Der französische Außenminister, Bernard Kouchner, sprach im Zusammenhang mit der Rückkehr Assads auf die politische Weltbühne denn auch schon gleich von einem 'Wind der Hoffnung', dem die Amerikaner, die anfangs dem Vorpreschen Frankreichs in Bezug auf die politische Rehabilitation Assads sehr reserviert und skeptisch gegenüber gestanden haben, im Februar 2009 bekanntlich den 'Wind des Wandels' haben folgen lassen (im Rückblick betrachtet waren beide Aussagen doch wohl etwas sehr optimistisch, da sowohl Assad bisher nicht die Hoffnungen erfüllt hat, die man damals vielleicht etwas vorschnell in ihn gesetzt hatte und auch der von den Amerikanern angekündigte 'Wind of Change' zumindest in Bezug auf den Nahen Osten wenn, dann bisher doch wohl eher ein laues Lüftchen gewesen war). Einmal in Fahrt gekommen, besuchte der französische Außenminister am 25. August 2008 Syrien, wo er den Staatsbesuch des französischen Präsidenten vom 03. - 04. September 2008 vorbereitet hat (es war dies seit 2002 der erste Staatsbesuch eines französischen Staatspräsidenten in Syrien, zumal Frankreich in Folge der Ermordung von Rafik Hariri, den man als persönlichen Freund des damaligen französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac bezeichnen kann, im Februar 2005 alle diplomatischen Beziehungen zu Syrien abgebrochen hatte). Nach dieser Salve von Aktivitäten, wurde es seitens Frankreichs deutlich ruhiger. Der französische Staatspräsident hatte wieder einmal, wie ihm von nicht wenigen Politikern vorgeworfen wird, in kurzer Zeit viel Aktivismus an den Tag gelegt aber relativ wenig Ausdauer bewiesen (vielleicht ging es ihm aber primär auch nur um sein persönliches Steckenpferd, die Mittelmeerunion, deren Gründungsveranstaltung durch die Rückkehr Syriens auf die politische Weltbühne noch etwas mehr Aufmerksamkeit zuteil geworden war). Sarkozys Besuch in Syrien

machte Schule. In kurzen Abständen folgten ihm der britische Außenminister David Milliband, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, US-Senator John F. Kerry, der italienische Außenminister Franco Frattini und der russische Außenminister Sergej Lavrov. Von besonderer Bedeutung dürften für Syrien aber die zahlreichen Besuche türkischer Politiker, die vom Parlamentspräsidenten über den Außenminister bis hin zum Staatspräsidenten reichten, gewesen sein. Über die zunehmend bedeutender werdende Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten wurde bereits zu früherer Zeit berichtet.

Die Bemühungen des Westens, Syrien für eine Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten zu gewinnen oder bei der Lösung o.g. Probleme gar auf dessen Mitwirken angewiesen zu sein, haben das Selbstbewusstsein Syriens erkennbar gestärkt. Dies kommt in vielfacher Weise zum Ausdruck. Bereits im letzten Quartalsbericht wurde z.B. über die seit längerem geplante Aufnahme Syriens in das Partnerschaftsprogramm der Europäischen Union berichtet. Ursprünglich für den 26. Oktober 2009 geplant, hat sich Syrien kurzfristig ausbedungen, die Bedingungen unter dem Gesichtspunkt syrischer Interessen noch einmal untersuchen zu wollen. Diese weiteren Untersuchungen dauern auch fast sechs Monate nach der ursprünglich geplanten Unterzeichnung noch an. Auch die Erteilung von Visa für die Einreise nach Syrien wurde seit 2009 deutlich erschwert (zumindest für Ausländer und von Jordanien aus). Mit der Bestätigung des von US-Präsident Obama zum neuen Botschafter in Syrien ernannten Robert Ford, hat sich Syrien ebenfalls ungewöhnlich viel Zeit gelassen (die Zustimmung liegt mittlerweile vor, sodass die Übernahme der Amtsgeschäfte nunmehr noch von der Zustimmung des US-Senats abhängt). Auch hier wurde mit Hinweis auf die syrischen Interessen zunächst eine umfangreiche Überprüfung vorgenommen, was von Sachkundigen als durchaus nicht üblich bezeichnet wird. Die Arbeit ausländischer Organisationen (NGO's) in Syrien wird ebenfalls wieder kritischer beobachtet. In einer Reihe bekannter Fälle werden seit 2010 Prüfungen durch das syrische Außenministerium vorgenommen, was in dieser Form in 2008 und 2009 noch nicht der Fall gewesen war und in Syrien registrierte ausländische Organisationen und/oder NGO's, stehen seit einigen Monaten auch wieder unter stärkerer Beobachtung.

In der Rückholung Syriens auf die politische Weltbühne, dem Bemühen der USA mit Syrien 'ins Geschäft' zu kommen und nicht zuletzt auch auf Drängen Saudi-Arabiens, scheinen Teile der pro-westlichen Kräfte des Libanon die Notwendigkeit dafür zu erkennen, ihre anti-syrische Haltung wenn nicht aufzugeben, so doch zumindest zurückzunehmen. Der neue libanesische Ministerpräsident Saad Hariri, Sohn des 2005 ermordeten Rafik Hariri, hatte bereits seine zweite Auslandsreise im Dezember 2009 nach Syrien gemacht, um in deren Verlauf deutlich zu machen, dass ihm an einer Verbesserung der politischen Beziehungen beider Länder gelegen ist. Er reist dieser Tage bereits zum zweiten Mal nach Syrien. Von Mitgliedern seiner pro-westlichen Koalition des 14. März wird ihm deshalb vorgeworfen, dass er sich durch das einseitige Zugehen auf Syrien von seinen Verbündeten in der Koalition distanziert. Doch selbst der Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei - PSP und Drusenführer Wallid Dschumblatt, dessen Vater Kamal Dschumblatt 1977 vom syrischen Geheimdienst ermordet worden war, der in den zurückliegenden Jahren ein erbitterter Gegner Syriens war, der Syrien wiederholt des Mordes an Rafik Hariri beschuldigt und den syrischen Staatspräsidenten öffentlich als "Diktator von Damaskus, Lügner und Kriminellen" bezeichnet hat, stattete Syrien in der letzten Märzwoche 2010 einen Besuch ab, um gegenüber dem syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad zu erklären, dass seine früheren Angriffe gegen diesen "...unverhältnismäßig und mit den ethischen Grundsätzen der Politik.." nicht vereinbar waren. Die Furcht nicht weniger pro-westlicher libanesischer Politiker besteht darin, dass Syrien durch das Verhalten von Ministerpräsident Hariri geradezu dazu ermutigt werden könnte, künftig wieder mehr Einfluss auf die Politik des Libanon zu nehmen. Anders als in der Vergangenheit dürfte Syrien wenn, dies künftig jedoch nicht mehr mit der Peitsche (d.h. durch Anwendung von Gewalt, seine Armee oder seine Sicherheitsdienste), sondern vielmehr durch politische Einflussnahme versuchen. Ein Beispiel dafür,

wie diese politische Einflussnahme künftig aussehen könnte, hat man am 23. März 2010 bekommen, als der Abgeordnete und Führer des der Opposition angehörigen Tawheed Movements, Wiam Wahhab, und der pro-syrische frühere zweimalige libanesische Ministerpräsident, Omar Abdul Hamid Karami, den libanesischen Staatspräsidenten Michel Sleiman wegen des bisherigen Verlaufs der Gespräche im Rahmen des 'Nationalen Dialogs' angegriffen und den Nationalen Dialog als vergeudete Zeit und Nonsense bezeichnet haben, der zu nichts führen wird. In diesem Zusammenhang haben beide Politiker dem Staatspräsidenten auch vorgeworfen, die USA zu starkem Einfluss auf die libanesische Politik nehmen zu lassen (Hintergrund dieses Vorwurfes dürfte sein, dass die USA vor einigen Wochen die libanesische Regierung um Angaben über die Standorte libanesischer Funk- und Mobilfunkstationen gebeten hat, was nicht nur von der Opposition als Versuch, sicherheitsrelevante Informationen zu erhalten, bewertet wurde). Die Vorwürfe gipfelten in der Forderung, der libanesische Staatspräsident solle wegen Unfähigkeit und weil er seine Aufgaben nicht zum Wohl des libanesischen Volkes wahrnimmt, zurücktreten. Einmal in Fahrt, haben beide Politiker gleich auch noch dem Vorsitzenden der dem pro-westlichen Lager des 14. März angehörenden Partei 'Lebanese Forces', Samir Geagea, Kriegsverbrechen vorgeworfen (diese Vorwürfe, die sich auf die Zeit des libanesischen Bürgerkrieges von 1975-1990 beziehen, werden seit längerem auch von anderer, nicht politisch motivierter Seite erhoben) und dem Widerstand gegen Israel unbegrenzte Unterstützung zugesagt (gemeint war damit in erster Linie die Hisbollah).

Nur einen Tag nach den massiven Vorwürfen gegen Staatspräsident Sleiman haben führende pro-westliche libanesische Politiker und der maronitische Patriarch des Libanon, Nasrallah Sfeir, dem Präsidenten ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen. Am skurrilsten war in diesem Zusammenhang das Vorsprechen des syrischen Botschafters im Libanon, Ali Abdel Karim, im Präsidentenpalast in Baabda, in dessen Verlauf dieser dem libanesischen Präsidenten die volle Rückendeckung und Unterstützung Syriens versichert hat. Als skurril ist dieser 'Auftritt' deshalb zu bezeichnen, weil die Angriffe gegen den Staatspräsidenten durch die Bank weg als Hinweis Syriens verstanden worden sind, nicht gegen die nach wie vor bestehenden Interessen Syriens im Libanon zu agieren. Dass die 'Übermittlung' dieses Hinweises durch pro-syrische Politiker im libanesischen Parlament erfolgte, ist Teil der scheinbar wieder zunehmenden Einflussnahme durch Syrien.

2.3 Syrien:

US-Senator John F. Kerry, wegen seines Namenskürzels JFK von US-amerikanischen Kommentatoren gerne auch als 'kleiner' John F. Kennedy bezeichnet (u.a. auch weil letzterer vor seiner Wahl zum US-Präsidenten den Bundesstaat Massachusetts acht Jahre lang als Mitglied der Demokratischen Partei im US-Senat vertreten hat, was Kerry seit 1985 macht), hat im Rahmen seiner jüngsten Nahostreise am 01. April 2010 auch Syrien besucht. Es war dies bereits seine zweite Syrienreise und das innerhalb von nur 14 Monaten, was insofern auch in der Region Beachtung findet, als das Syrien unter der Präsidentschaft von George W. Bush noch auf der 'Schwarzen Liste' geführt und der 'Achse des Bösen' zugehörig bezeichnet worden war (und das wiederum weil man Syrien - nicht ganz zu Unrecht - bis dahin zuvorderst als ein Land gesehen hatte das den Terrorismus unterstützte, was vor allem auf die syrisch-iranische Unterstützung der schiitischen Hisbollah im Libanon und der radikal-islamischen Hamas in den palästinensischen Gebieten der Westbank und des Gaza-Streifens zurückzuführen war).

Bereits im Februar 2009, kurz nach Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama, war Kerry nach Damaskus gereist um auch dort den 'Wind of Change', der künftig die amerikanische Außenpolitik umwehen sollte, zu verkünden. Nach Jahren des diplomatischen Stillstandes -

seit der Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar 2005, in die u.a. der syrische und libanesischer Geheimdienst verwickelt gewesen sein sollen und was bis Februar 2009, letztlich ohne wirklich belastbare Ergebnisse präsentieren zu können, durch eine vom UN-Sicherheitsrat am 07. April 2005 eingesetzte Untersuchungskommission, der 'International Independent Investigation Commission - UNIIIC', untersucht worden war und in der Folge zur Einrichtung eines Sondertribunals für den Libanon am UN-Strafgerichtshof in Den Haag geführt hat, hat die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Syrien, die bereits davor alles andere als gut waren, abgebrochen - wollte Kerry damals ausloten, ob mit dem Wechsel im Amt des höchsten Repräsentanten der USA ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den USA und Syrien aufgeschlagen werden kann. Die 2009 mit dem syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad sowie dessen Stellvertreter, Faruk Scharaa, geführten Gespräche hatte Kerry damals in einer Pressekonferenz in Damaskus derart zusammengefasst, als dass er eine Erneuerung der Beziehungen zwischen beiden Ländern für möglich erachtete wenn, ja wenn Syrien bereit ist, seine Politik gegenüber dem Libanon und dem Iran zu ändern. Nach den in Bezug auf den Nahost-Konflikt allgemein als 'verloren' bezeichneten Jahren der Präsidentschaft von George W. Bush, hat Präsident Obama sein Amt mit dem erklärten Willen angetreten, durch das Beschreiten neuer Wege den Friedensprozess im Nahen- und Mittleren Osten in seiner Gesamtheit, d.h. nicht nur das Verhältnis Israels zu den Palästinensern, zum Libanon und zu Syrien, sondern auch das Verhältnis der USA zum Islam und zu den Muslimen, zum Iran sowie zu dem im Entstehen begriffenen 'neuen' Irak und letztlich auch zu Afghanistan, zu neuem Leben zu erwecken. Dies kam auch in der in der arabischen Welt zwar mit Zurückhaltung, nichtsdestotrotz aber mit großer Anerkennung aufgenommenen Rede von Präsident Obama, die dieser am 04. Juni 2009 an der Kairo-Universität in Ägypten gehalten hatte, zum Ausdruck, in der er deutlich gemacht hat, dass der Kampf gegen den Terrorismus kein Kampf gegen den Islam und noch viel weniger gegen die Muslime ist und er für einen Neuanfang der Beziehungen zwischen den Muslimen weltweit und den Vereinigten Staaten von Amerika geworben hat.

Zwischen dem ersten Besuch Kerrys im Nahen Osten (im Februar 2009) und seiner jüngsten Reise in die Region ist einiges in Bewegung gekommen was jedoch nicht heißt, dass die Entwicklungen seit dieser Zeit in allen Punkten den Vorstellungen oder gar Erwartungen des Westens bzw. der USA entsprochen haben. Bereits wenige Wochen nach der Amtseinführung von Präsident Obama hat Israel unter der Führung von Benjamin Netanjahu eine neue Regierung erhalten, die die Bemühungen Obamas für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten bis heute auf eine harte Probe stellen. Nachdem die aktuelle US-Regierung die von der Vorgängerregierung verfolgte Sanktionspolitik gegenüber Syrien offenbar als gescheitert ansieht (gleichwohl sie es jetzt mit dem gleichen Ansatz im Iran versuchen möchte), ist man nun zu der Erkenntnis gelangt, dass Stabilität und langfristig Friede in der Region wenn, dann nicht gegen den Willen sondern nur mit aktivem Zutun Syriens erreicht werden können. Senator Kerry brachte diese Einschätzung im Rahmen einer Pressekonferenz am 01. April 2010 in Damaskus mit den Worten zum Ausdruck: "Die Regierung von Präsident Obama sieht Syrien als Schlüsselfigur für die Wiederaufnahme der festgefahrenen Friedensverhandlungen im Nahen und Mittleren Osten". Er hat damit zum wiederholten Male auf die Rolle Syriens im Hinblick auf die künftigen Entwicklungen im Nahen- und Mittleren Osten hingewiesen - auf das Verhältnis Israels zu den arabischen Staaten im allgemeinen und zu den Palästinensern und zum Libanon im besonderen, aber auch auf die angestrebte Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates und die Beziehungen zum Iran. Trotz dieses neuen Ansatzes, der von syrischer Seite mit Zurückhaltung verfolgt wird, werden die USA um einige schmerzliche Erfahrungen in der Zukunft wohl nicht herumkommen. Zum einen sind die USA und Syrien mit diesem neuen Ansatz noch lange nicht Freunde geworden (es darf nur daran erinnert werden, dass US-Präsident Obama die von seinem Vorgänger gegenüber Syrien verhängten Sanktionen in 2009 verlängert hat) und zum anderen wird Syrien seine engen Kontakte zum Iran nicht ohne weiteres und vor allem

nicht in der nahen Zukunft in die Richtung ändern, wie es die USA und der Westen gerne sehen würden. Die Aussöhnung Syriens mit Saudi-Arabien (die im November 2009 erst die Regierungsbildung im Libanon möglich gemacht hat), die fortschreitende Annäherung der pro-westlichen libanesischen Koalition des 14. März an Syrien sowie die deutlich verbesserten Beziehungen zu einer Reihe arabischer Staaten (u.a. auch zu Jordanien) haben das Selbstbewusstsein Syriens gestärkt, was wiederum dazu führen dürfte, dass Syrien künftig noch selbstbewusster auftreten wird als es das bereits in der Vergangenheit getan hat. Darüber hinaus wird die Rolle der USA im Nahen Osten nach wie vor skeptisch betrachtet. Dass Präsident Obama (und mit ihm der gesamte Westen) seine Forderung nach einem umfassenden jüdischen Siedlungsstopp bis heute nicht hat durchsetzen können und seine diesbezüglichen Forderungen an Israel in der Folge Schritt für Schritt zurückgenommen hat (zuerst die Forderung eines uneingeschränkten Siedlungsstopps, dann eines zeitlich befristeten Siedlungsstopps und zuletzt eines zeitlich befristeten Siedlungsstopps auf das Westjordanland beschränkt, d.h. ohne Ost-Jerusalem), hat dem Ansehen der USA und dem Glauben an die Ernsthaftigkeit der neuen US-Politik in der Region bereits großen Schaden zugefügt, der sich zudem nicht auf die von jeher bekannten Kritiker beschränkt. Selbst engste Verbündete der USA wie Saudi-Arabien und Jordanien bezeichnen die aktuellen Chancen in Bezug auf eine Lösung des Nahost-Konflikts an einem Tiefpunkt angelangt. An einem Punkt, der seit der Gründung des Staates Israel 1948 bisher noch nicht erreicht worden war. Der zumindest bei den pro-westlichen arabischen Staaten bestandene Optimismus von vor einem Jahr hat sich in einen Pessimismus verwandelt, der zwischenzeitlich auch in der Presse ganz undiplomatisch direkt kommuniziert wird. Die USA und der Westen sollten daher in Bezug auf ihre Erwartungen eher zurückhaltend, denn allzu optimistisch sein.

Die Pressekonferenz Kerrys folgte nur wenige Tage nach einer gemeinsamen Erklärung der Staatschefs der Arabischen Liga, die diese zum Ende ihres diesjährigen Gipfeltreffens, das vom 26. - 27. März 2010 in Sirte / Libyen stattgefunden hat, abgegeben haben. In ihrer gemeinsamen Erklärung haben die 14 angereisten arabischen Staatschefs unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass es Friedensgespräche mit Israel - ob direkte oder indirekte - solange nicht geben kann, wie Israel nicht seinen Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten und insbesondere in Ost-Jerusalem einstellt. Die Position der Araber, soweit man von einer gemeinsamen Position sprechen kann - acht Staatschefs waren aus unterschiedlichen Gründen nicht zum Treffen der Liga angereist, kann man in etwa auf den Punkt bringen, dass man zum einen vom Westen - und hier vor allem von den USA und ganz persönlich von Präsident Obama - enttäuscht, und zum anderen mit der Geduld gegenüber Israel am Ende ist. Wie sich bereits in den Monaten vor dem Gipfeltreffen abgezeichnet hat (u.a. durch eine Vielzahl von Reisen hoher türkischer Politiker in verschiedene arabische Länder, aber auch durch eine Reihe von Reisen hochrangiger arabischer Vertreter in die Türkei), will man künftig stärker als bisher auf eine Zusammenarbeit mit der Türkei und - man höre und staune - mit dem Iran setzen. Auch wenn letzteres nicht auf die uneingeschränkte Zustimmung aller arabischen Staatschefs stoßen dürfte, da die Vorbehalte gegenüber dem Iran, seinem nach wie vor im Dunkeln liegenden Atomprogramm und seinen zunehmenden Bestrebungen, sich in die (inner-) arabischen Angelegenheiten in der Region einzumischen, nach wie vor groß sind (als diesbezüglich jüngstes Beispiel darf auf die Rolle Irans im Vorfeld der Parlamentswahlen im Irak verwiesen werden, die im Zuge der anstehenden Regierungsbildung eine Fortsetzung erfahren dürfte), wird die Verfolgung dieses Ansatzes inzwischen auch von diesen nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen. Relativ ungewöhnlich war, dass einzelne arabische Vertreter im Rahmen des Gipfels auch ganz offen Selbstkritik geübt haben. So hat der Emir von Katar, Scheich Hamad bin Chalifa al-Thani, ganz unverhohlen ausgesprochen, was viele Vertreter westlicher Staaten schon lange wenn nicht hinter vorgehaltener Hand sagen, so doch zumindest denken. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den arabischen Staaten - und das nicht nur in Bezug auf Israel und seine Politik gegenüber den Palästinensern - hat in den zurückliegenden Jahren nicht

nur nicht dazu beigetragen, den Konflikt zu entschärfen, sondern darüber hinaus auch eine für die arabischen Staaten selbst notwendige und erfolgreiche gemeinsame Politik verhindert. Ihre Ohnmacht wenn nicht Unfähigkeit zum gemeinsamen Handeln wurde den arabischen Staaten in den zurückliegenden Monaten, d.h. seit dem Gazakrieg von 2008 / 2009, einmal mehr vor Augen geführt. So war man z.B. nicht in der Lage, die Blockade des Gazastreifens, die teilweise von ägyptischer Seite mit betrieben wird (der ägyptische Staatschef hat krankheitsbedingt an dem Gipfel nicht teilgenommen), zu beenden oder aber zumindest so abzuschwächen, dass zumindest humanitäre Hilfe in ausreichendem Umfang in den Gazastreifen gelangen konnte. Der Generalsekretär der Liga, Amr Musa, forderte die arabischen Staaten in seiner Eröffnungsrede auf, vor dem Hintergrund eines möglichen Scheiterns der Friedensgespräche (so diese denn überhaupt in Gang kommen) eigene Alternativen zu entwickeln. Das Verlassen auf den Einsatz von Vermittlern hat es nach seinen Worten Israel erst ermöglicht, mehr als 20 Jahre lang seine expansive Politik in den palästinensischen Gebieten zu verfolgen. Mit den in den zurückliegenden Wochen erteilten Genehmigungen für den Bau jüdischer Siedlungen im arabischen Teil Ost-Jerusalems, hat Israel in den Augen aller arabischen Staaten eine rote Linie überschritten. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Bau von Siedlungen in der palästinensischen Westbank sehen die Araber die nicht unbegründete Gefahr, dass Israel Fakten schafft, die zu einem späteren Zeitpunkt nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr aus dem Weg geräumt werden können.

Nachdem die Nahost-Friedensgespräche seit Monaten nicht vorankommen und die USA und vor allem ihr Präsident alle Vorschusslorbeeren, die ihm bei seiner Amtseinführung im Januar 2009 eingeräumt worden waren, so ziemlich aufgebraucht hat, könnte die Strategie der USA, den Iran zu isolieren und durch Sanktionen im Atomstreit zu Zugeständnissen bewegen zu wollen, durch eine mögliche Neuausrichtung der arabischen Politik behindert werden. Darüber hinaus dürfte das, was man vom Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Sirte gehört hat, die Chancen auf eine Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern bzw. Arabern nicht gerade erhöhen. Auch wenn die USA und der Westen die Pläne Israels, neue jüdische Siedlungen im Westjordanland nahe Ost-Jerusalem zu bauen, scharf kritisiert haben, hat dies bisher zu keinem sichtbaren Einlenken Israels geführt. Vielmehr hat Israel seinen engsten Verbündeten, die USA, in den letzten Wochen und Monaten zum wiederholten Male dahingehend duiert, als dass es Pläne für den Neubau jüdischer Siedlungen just zu dem Zeitpunkt publik gemacht hat, als sich mit Außenministerin Hillary Clinton und dem stellvertretenden US-Präsidenten Joe Biden höchste politische Vertreter der USA zu Gesprächen in Jerusalem aufgehalten haben. Die Araber verfolgen derzeit mit großem Interesse, wie lange Israel seine Verbündeten, d.h. vor allem die USA und die EU, noch vor den Kopf stoßen kann, bis dies zu spürbaren Konsequenzen führt. Trotz vielfacher Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik durch den amerikanischen und den französischen Präsidenten, durch den britischen Premierminister sowie dessen Außenminister und zuletzt auch die deutsche Bundeskanzlerin und den Generalsekretär der Vereinten Nationen hält Israel unbeirrt an seiner für den Friedensprozess desaströsen Siedlungspolitik fest. Ein Grund dafür könnte sein, dass der israelische Premierminister gerade in der Frage der Siedlungspolitik einer innenpolitischen Zerreißprobe ausgesetzt ist, da er für den Erhalt seiner Mehrheit einerseits auf die Unterstützung der Arbeitspartei von Verteidigungsminister Ehud Barak und andererseits auf die Unterstützung der ultrarechten Partei 'Israel Beitenu' unter der Führung von Außenminister Avigdor Lieberman - der sich von Beginn an als alles andere als kompromissbereit in der Siedlungsfrage gezeigt hat - und der strengreligiösen 'Schas' - Partei, die in der Siedlungsfrage Liebermann nahe steht, angewiesen ist.

Der von US-Präsident Obama zum neuen US-Botschafter in Syrien ernannte Robert Ford wartet nach seiner Anhörung durch den US-Senat, die am 16. März 2010 stattgefunden hat, weiter auf seine endgültige Bestätigung. Ford, ein ausgewiesener sowie im Nahen und Mittleren Osten erprobter Arabist, der derzeit stellvertretender Missionschef in Bagdad ist und davor bereits in Ägypten, Algerien, Bahrain und in der Türkei auf Posten war (und u.a.

deutsch und vor allem arabisch sprechen soll), hat bereits die Zustimmung von syrischer Seite erhalten, nachdem der US-Sonderbeauftragte für den Nahen Osten, George Mitchell, sowie der Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten, William Burns, der u.a. von 1998 - 2001 US-Botschafter in Jordanien war, beim syrischen Staatspräsidenten Assad den Weg dafür frei gemacht haben.

Amman, den 10. April 2010

Thomas Gebhard

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Thomas Gebhard, Projektleiter Jordanien, Libanon, Syrien
Lazarettstrasse 33 - 80636 München -
Tel.: +49 (0)89 1258-0 - Fax: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de - Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 10. April 2010